

Stadt gespräch

XI / MMXIV 

Bürgerliste für Marl seit 1994 • www.wir-fuer-marl.de

Aus dem Inhalt: Das Wichtigste aus der Februar-Ratssitzung

• Seite 2: Müll für die Stadtkasse

Ein Teil der Gebühren kommt in die Stadtkasse, um Schulden abzubauen.

• Seite 3: Geld für die Kunst

Wie teuer ist eigentlich das Museum? Der Bürgermeister verweigert die Antwort.


• Seite 3: Stimmen für

Wie die Bürgerliste seit 20 Jahren konsequent in Marl ihre Ziele verfolgt.

• Seite 4: Klatsche für Frager

Wie sich Werner Arndt die Bürgerinitiative MHNV auf Distanz hält.



Eine Seefahrt, die ist lustig. Und eine Ratssitzung in Marl auch. Aber sie ist auch aufregend und langatmig, brisant und hektisch. Im Februar wehte bereits der kalte Wind der kommenden Kommunalwahlen durch die Diskussionsbeiträge. Rechthaberisch paukte die heimliche Koalition aus SPD, FDP und Bum ihre Vorhaben durch, unbeirrt durch die Argumente von . Die SPD muss sich nicht ins Zeug legen, um den Rat zu überzeugen. Sie weiß, dass sie eine Mehrheit bekommt.

Desillusioniert und enttäuscht verlassen die wenigen Zuhörer nach und nach den Ratssaal. Der richtige Weg zu einer erfolgreichen Zukunft Marls ist nicht gefunden. Der Rat stochert weiter im Nebel.

Die Stadt und ihr Heiland

Er sorgte für den Marler Glanz und legte die Grundlagen für den Niedergang der Stadt

Fast 20 Jahre lang bestimmt Rudolf-Ernst Heiland das Geschehen der Stadt. Er ließ das Rathaus und die Paracelsus-Klinik bauen, die Insel und das Doppelgymnasium. Um das durchzusetzen, setzte er demokratische Spielregeln außer Kraft. Heute ist nichts in Marl direkt mit seinem Namen verbunden. Mit seinem Tod 1965 verstummten schlagartig die bundesweiten Lobeshymnen auf ihn. Über seine Marler Regentschaft hat die SPD den Mantel des Schweigens ausgebreitet. Zu Recht?

Rudi Heiland waren alle Mittel recht, um seine Ziele durchzusetzen. Widerstand wurde nicht

geduldet. Ein Blick zurück zeigt: Rudi Heiland war ein schwieriger Mensch. Seine damaligen Mitarbeiter erinnern sich an lautstarke Auftritte, ein bestimmendes Wesen und unbeherrschte Szenen.

Zu Recht werden ihm die großen Bauprojekte der Stadt zugeordnet. Heiland ordnete an, bestimmte und regierte diese Stadt. Er entschied, wann der Rat informiert wurde. Und ob er überhaupt informiert wurde bzw. informiert werden durfte. Auf die Frage nach den Kosten gab es im Rathaus stets eine einfache Antwort: „Bezahlen müssen wir es ja doch.“

Widerstand war zwecklos. Rudi Heiland warnte Kritiker seiner Pläne mit der Frage, ob sie noch etwas werden

wollten in dieser Stadt. Die bundes- und sogar weltweite Resonanz ließ die Politiker in Ehrfurcht verstummen. Wer wollte schon am Bürgermeister einer Stadt nörgeln, die als vorbildliche Großstadt der Zukunft gefeiert wurde.

Rudi Heiland hatte schon immer seine eigenen Vorstellungen. Schon in der Jugend. 1932 trat er der LO (Linke Opposition) bei, der trotzkistischen Abspaltung der Kommunisten. Als er 1933 seinen Job bei den Marler Elektrizitätswerken als Hilfsmonteur verlor, nahm er einen Job bei einem Fischhandel in Gelsenkirchen an. Hier hatte er regen Kontakt zu den Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD), was 1936 zu seiner Verhaftung und Verurteilung we-

gen Vorbereitung zum Hochverrat (zweieinhalb Jahre) führte.

Nach dem Krieg nahm Heiland die Geschicke Marls in die Hand. Mit seiner Durchsetzungsstärke errang er sofort Spitzenaufgaben im Landtag, im Parlamentarischen Rat und im Bundestag.

Aber er war nicht nur ein Mann des Wortes. Mehrfach wird berichtet, wie er mit drohenden Fäusten auf andere Parlamentarier losging. 1950 wurde er vorübergehend aus dem Bundestag ausgeschlossen, nachdem er gemeinsam mit Herbert Wehner einen Politiker im Parlament verprügelt hatte.

Lesen Sie weiter auf Seite 4

Auf dem linken Ohr taub

Gerügt wird nur, wenn die Bürgerliste ein Wort zu viel sagt

Um es vorweg zu sagen: Hier wird nicht gejammert, hier wird ein Bild gezeichnet. Ein Bild von seltsamer Schrägheit, ein Bild von Willkür, ein Bild zum Stauen.

Wir sehen ein kleines Häuflein engagierter Politiker, das sich häufig zu Wort meldet, das sich intensiv mit allen Punkten der Ratssitzung befasst und eine eigene Meinung hat: Die Fraktion der Bürgerliste **wir** für Marl. Sie ist umgeben von CDU-Politikern, seitdem der Bürgermeister auf ausdrücklichen Wunsch des SPD-Fraktionsvorsitzenden Wenzel eine neue Sitzordnung im Rat vorgenommen hat. Die „Roten“ fühlten sich durch die Nähe der Bürgerliste gestört, die Schwarzen haben mit **wir** keine Probleme.

Doch es gibt im Rat keine Ruhe

Immer wieder quatschen SPD-Politiker los, wenn **wir** Politiker reden. Ein Wort gibt das andere. Und am Ende rügt der Bürgermeister den **wir** Vorsitzenden Friedrich Dechert. Das ist keine Ausnahme, das ist die Regel. SPD-Politiker können dazwischenreden so viel sie wollen, der Bürgermeister stellt sich taub. Kaum fällt eine Zwischenbemerkung aus der **wir**-Ecke, schnarrt er scharf dazwischen. Das war mal anders. In den Anfangstagen ließ Bürgermeister Arndt Milde walten und beließ es bei freundlichen Hinweisen an die Zwischenrufer. Vorbei!

Arndt hat seine Aufgabe als Ratsvorsitzender aller Ratsmitglieder vergessen. Seine Pflicht muss es sein, die widerstrebenden Interessen der Ratsmitglieder zusammenzuführen. Stattdessen macht er Stimmung, schürt den Streit, verschärft die Fronten. Das Amt Bürgermeister darf nicht zum verlängerten Arm der SPD werden. Der Rest des Rates muss zusehen, wie er damit zurechtkommt.



Abwasser und Müll füllen die Stadt-Kasse

Gebührenberechnung bleibt schwer durchschaubar. ZBH-Gewinne fließen in den Stadthaushalt

Kein Marler kommt an der Zahlung vorbei: Die Gebühren für Entwässerung, Müllabfuhr und Straßenreinigung zahlt der Eigenheimbewohner direkt selber oder die Gebühren fließen in die Nebenkosten der Miete ein.

Doch warum stecken in der Berechnung Zinsen von 7 Prozent, wo doch die Banken schon Geld für unter einem Prozent an Städte verleihen? In diesem Jahr machen die Zinsen fast 5 Millionen Euro. Geht das nicht billiger, griff die Bürgerliste **wir** für Marl die Fragen vieler Marler im Rat auf.

Die Stadtverwaltung geht auf die Frage auf ihrer Website (ZBH) ein. Allerdings oberflächlich und nicht nachvollziehbar, wenn pauschal darauf hingewiesen wird, dass die „Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes sowie die Verwaltungsgerichte“ strenge Vorgaben machen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass sich genaues Hinsehen lohnt, auch wenn die Berechnungsgrundlage höchst kompliziert ist. Jedenfalls musste die

Stadtverwaltung vor einigen Jahren nach unbequemen Fragen ihre Berechnungsmethode umstellen – zu Gunsten der Bürger.

ZBH finanziert seinen „Gewinn“ über Kredite

Wer allerdings glaubt, dass alle Gebühren nur dazu da sind, um alle Kosten von Abwasser- und Müllent-



Der Pleitegeier hat einen festen Wohnsitz in Marl. Höhere Gebühren sollen ihn vertreiben

sorgung sowie Straßenreinigung zu decken, der irrt. Der ZBH darf auch Gewinn machen. Im letzten Jahr waren das fast 4,8 Millionen Euro,

insgesamt schon rund 19 Millionen. Die könnte der ZBH dazu nutzen, um die eigenen Kredite zu senken. Tut er aber nicht. Alles Geld muss abgeliefert werden und fließt in den städtischen Haushalt.

Noch schlimmer: Da der auf dem Papier errechnete Gewinn nicht mit dem übereinstimmt, was tatsächlich in der Kasse übrig bleibt, muss der Zentrale Betriebshof seinen „Gewinn“ über Kredite finanzieren.

Für den Bürger, so die Antwort der Verwaltung auf Fragen der Bürgerliste, sei das unterm Strich ohnehin egal: Wenn der Zentrale Betriebshof weniger „Gewinn“ abführe, müsse die Stadt die Einnahmeschraube an anderer Stelle höher drehen. Nach den „Grundsätzen der Finanzmittelbeschaffung“ müsste das zunächst bei den Gebühren versucht werden, verkündet die Verwaltung.

Übrigens: Für die nächsten Jahre machen sich die niedrigen Zinsen doch bemerkbar. Wenn auch nur geringfügig. Die Bürgerliste bleibt an dem Thema dran.

Nicht so viel Transparenz

Rat lehnt eine gläserne Bürgerinformation ohne Begründung ab

Marls Politiker gelten nicht gerade als fortschrittlich, wenn es um den Einsatz moderner Medien geht. Sie lieben das Rascheln von Papier, das Klappern von Aktendeckeln und das Aushändigen von Protokollen. Dann hat man was in der Hand. Ungemütlich wird es deshalb, wenn Bürger Fragen stellen, die einen Politiker überraschen.

Die Abschaffung gedruckter Unterlagen ist nie ernsthaft von den Ratsmitgliedern in Erwägung gezogen worden. Da kommen pro Ratsmitglied zehn dicke Aktenordner im Jahr zusammen. Nicht mitgerechnet die vielen sachkundigen Bürger, die ebenfalls papiermäßig bedient werden müssen.

Dem „normalen“ Bürger bleibt zur Information nur das Internet. Da ist

es schon von Vorteil, wenn man die kleine Pfadfinderprüfung gemacht hat, bevor man sich in die Winkelzüge des Ratsinformationssystems „More-Rubin“ vertieft.

Angst vor einem Vergleich

Immer wieder wird das mangelnde Interesse der Bürger beklagt. Die Tages- und Wochenzeitungen können nur über einen Teilbereich der Arbeit der gewählten Bürgervertreter berichten, warnte die Bürgerliste. Diese Situation sollte optimiert werden, fordert sie. Der Internet-Auftritt der Stadt bietet dazu hervorragende Möglichkeiten.

Die Bürgerliste hatte deshalb gefordert, dass die Arbeit der Fraktionen einfacher im Internet erkennbar sein müsse.

Anfragen und Antworten müssen verbunden werden, außerdem müssen die Abstimmungsergebnisse erkennbar sein. Und die Anfragen und Anträge sollten auch nach Fraktionen aufgelistet werden.

Hilflose Sprachlosigkeit bei den anderen Fraktionen in der Ratssitzung.

Die SPD verwies auf den Internet-Auftritt der Stadt. Die Bürgerunion mäkelt, die Qualität der Anfragen lasse zu wünschen übrig. Nirgendwo gebe es eine Vielzahl solcher Anträge.

Fazit: Nur die Bürgerliste **wir** für Marl war für ihren eigenen Antrag. Die anderen Fraktionen lehnten mehr Transparenz ab. Sie wollen nicht gestört werden, scheint es. Ehrlicher kann man die Angst vor dem direkten Vergleich nicht zeigen.

Die Kunst und das Geld

Die Verwaltung und viele Politiker wollen nicht, dass an die Marler Kunstlandschaft wirtschaftliche Maßstäbe angelegt werden

Eine Stadt von Welt hat ein Museum, hat einen Ruf in der Kulturszene, wirbt für sich als Anziehungspunkt und Reise-Wert. Marl war vor 50 Jahren auf dem Weg nach ganz oben. Die Zeiten sind vorbei. Es geht nur noch ums Sparen.

Hinterfragt man in Marl die Kosten für die Kultur, dann werden unsere Politiker nervös. Jetzt wollte die Bürgerliste die Gesamtkosten für das Skulpturenmuseum wissen. Dafür wurde die Bürgerliste vom Bürgermeister rüde zusammengestaucht.

Seit Jahren stellt sich der Bürgermeister beim Thema Skulpturenmuseum quer. Er drückt bei den Kosten, schummelte bei den Plänen und den Kosten einer Erweiterung, er will nichts sagen, wenn man nach konkreten Besucherzahlen fragt und konnte jahrelang nicht ermitteln, welchen Wert die Marler Kunst eigentlich hat. Nur in einem Punkt ist er wortreich: Wenn es darum geht, die europaweit



Modell der geplanten Museums-Erweiterung.

Foto: Repro aus Katalog

anerkannte Wichtigkeit großzureden und herbeizuzaubern.

Welchen Wertbewert und welchen Kulturwert das Museum hat, darüber lässt sich trefflich streiten. Jetzt aber wollte die Bürgerliste harte Fakten wissen: Welche Gesamtkosten entstanden in den letzten Jahren? Welche Nebenkosten gibt es? Was kostet die Kunstwerk-Pflege in den Außenbereichen? Wie oft werden sie gewartet und welche Schäden entstanden durch die Vernachlässigung der Wartungen? Was kostet das Personal und

welche Aufgaben erfüllt es? Im letzten Herbst schon versprach der Kultur-Dezernent Klaus-Peter Lauche (SPD) eine entsprechende Aufstellung. Die untersagte ihm der Bürgermeister. Arndt ahnte wohl, wie schwer es ist, die Kosten zu rechtfertigen, während in der Stadtkasse über eine halbe Milliarde Euro fehlen.

Darf man Mini-Zuschüsse an Vereine auf den Prüfstand stellen, Zuschüsse zur Jugendarbeit gnadenlos zusammenstreichen und Sozialausgaben rigoros kappen? Aber bei der Kunst

darf das Wort Sparen nicht in den Mund genommen werden?

Der Bürgermeister hat seine eigene Logik. „Die Beantwortung der Fragen beeinträchtigt die Funktionsfähigkeit der Verwaltung.“ Arndt kündigte an, prüfen zu wollen, ob nicht die Grenzen des Fragerechts überschritten seien.

Unser Vorschlag: Fragen beantworten und nicht die Zeit verplempern mit der Frage, ob das demokratische Fragerecht missbraucht wird.

Konsequenz zahlt sich aus

Am 25. Mai bestimmen die Bürger über die Sitzverteilung

Wenn Sie spüren wollen, was Nervosität ist, dann kommen Sie bitte ins Marler Rathaus! Bringen Sie Zeit und Geduld mit und erleben Sie pathetische Anträge, Sticheleien, aufgeregte Zwischenrufe, einschläferndes Gerede und erstaunliche Abstimmungsergebnisse. Das alles hat nur teilweise etwas zu tun mit vernünftiger Zukunftsplanung und sach-

stehen die Marler den Unterschied zwischen der Partei Bündnis 90/Die Grünen und der Wählergemeinschaft Grüne? Hat die FDP in Marl noch eine Zukunft? Braucht die Stadt die Bürgerunion, die einmal als Unterstützerverein für die damalige Bürgermeisterin Uta Heinrich angetreten war? Wie laut wird die Stimme der Linken ge-

hört? Was wollen die Piraten? Beim Entern kentern?

In diesem unübersichtlichen Bewerberfeld sieht sich die Bürgerliste **wir** für Marl als Konstante, die seit 20 Jahren konsequent ihre Ziele ver-

folgt, nämlich Marl wieder zu einer wirtschaftlich gesunden und erfolgreichen Stadt zu machen. Dafür wird nicht getrickt und gekungelt. Die Wähler haben stets den direkten Weg honoriert. Am 25. Mai steht die nächste Wahl an. **wir** setzt ihren Weg fort. Aufrecht! Im Interesse ALLER Bürger.



lichen Entscheidungen. Es geht um Konkurrenzgehacke. Es geht um den anstehenden Kommunalwahlkampf.

Denn es wird eng. Kann die rote SPD ihre Stammwähler bei der Stange halten, obwohl sie kein schlüssiges Konzept durchzieht? Kann die schwarze CDU sich ausreichend von der größeren Konkurrenz SPD absetzen? Ver-

Informationen abgelehnt

Ratsmehrheit verweigert die Erklärung, wer Karl Breuing war

Ja, so wird es wohl gewesen sein: Karl Breuing hat 1945 Marl gerettet. „Retter von Marl“ wurde er genannt, 2002 entschied der Stadtrat auf **wir**-Antrag, dass eine Straße nach ihm benannt wird.

Nicht alle Marler kennen sich so gut in der Geschichte ihrer Stadt aus, dass sie wissen, wer Karl Breuing war. Es macht also Sinn, das Straßenschild (Zufahrt zum Baumarkt von der Recklinghäuser Straße aus) mit einem kleinen Zusatz zu versehen. Wie auch viele andere Straßenschilder in Marl.

Doch was soll man schreiben? „Karl Breuing (1900-1971) sorgte 1945 dafür, dass der Einmarsch der Alliierten in Marl gewaltfrei verlief“ – lautete ein Vorschlag der Verwaltung. Viel zu umständlich und zu lang für eine Kurzinformation. Die Alternative: Kein Zusatzschild.

Die Verwaltung hatte mit Zusatzinformationen für den Rat auf das gewünschte Abstimmungsergebnis (kein Zusatzschild) hingearbeitet. Es gab die Kopie eines WAZ-Artikels von 2002 „Die Geschichte ist umstritten“. Dieser Artikel war aber nur Teil einer Serie, die mit dem Fazit endete „Dokumente sprechen für die Rettung“.

Die falsche Fährte der Verwaltung war erfolgreich. Die Grünen meinten, man könne Phantasie und Wirklichkeit nicht mehr auseinander halten. Die FDP war „schon immer dagegen“. Die Bürgerunion fand ein Schild „mehr als peinlich“. Die SPD fabulierte von einem Historikerstreit und unterschiedlichen Quellen. Die CDU ärgerte sich, dass man hier durch die Verwaltung zu einem Abstimmungsergebnis geführt werden sollte.

Der unbekannte „Retter von Marl“

Als dann der CDU-Bürgermeisterkandidat Uwe Göddenhenrich eine Bemerkung über den früheren SPD-Bürgermeister Rudi Heiland machte (weil der sich stets gegen den Wunsch von Karl Breuing gewehrt hatte, als „Retter Marls“ geehrt zu werden), löste er wütende Proteste bei der SPD aus. Göddenhenrich verwies darauf, dass Heiland vorbestraft gewesen sei (1936) wegen Vorbereitung zum Hochverrat.

Danach fiel das Abstimmungsergebnis eindeutig aus: Nur 14 Stimmen (von 54 Ratsmitgliedern) für ein Zusatzschild. Jetzt wird Karl Breuing zwar weiter als Namensgeber geführt. Aber niemand darf lesen warum?

Bitte keine lästigen Fragen

Wie der Bürgermeister sich eine Bürgerinitiative auf Distanz hält

Was glauben Sie, wofür ein Bürgermeister da ist? Für die Bürger? Kommen Sie mal mit einer kritischen Frage in die Sitzung eines Ausschusses oder des Rates. Wenn Sie unbequem sind, werden Sie so was von abgebürstet, dass Ihnen die Lust am Mitwirken schnell vergeht.

Nase voll“ (MHNV) haben sie sich genannt und konnten durchsetzen, dass auf jeder Sitzung des Stadtplanungsausschusses das Thema „Saria-Ansiedlung“ steht.

Aber nur „eigentlich“! Auf der letzten Sitzung setzte es der SPD-Ausschuss-

weiterung aber noch nicht vorlägen. „Es gibt noch keinen aktuellen Stand, den man hier mitteilen könnte.“

Außerdem ging es um die Frage, warum denn der Lärmschutzwall um den derzeitigen Komplex heruntergebaut worden sei. Ob das am Ende dazu füh-

Auch im Rat konnte Arndt die Besserwisser-Pose nicht ablegen.

Als Friedrich Dechert (**wir** für Marl) vom Rethmann-Gelände sprach (unter diesem Namen ist den Marlern die Fläche ein Begriff), korrigierte Arndt: „Rethmann gibt es dort nicht mehr.“ Was Stand der Erweiterungspläne ist, das wusste der Bürgermeister aber nicht.



Die Bürger haben ein Recht auf Fragen in den Ausschüssen, dieses Recht wurde von der Bürgerliste durchgesetzt.

Übrigens: Die Saria-Unternehmensgruppe, die in Marl tätig ist, ist Teil der Rethmann-Holding. Rethmann gibt es! Und zwar ganz dicke: Seit dem Brand in Marl vor 25 Jahren hat die Rethmann-Holding einen Gewinn von über 6000 Millionen Euro gemacht.



Muss das sein, dass die Unternehmensgruppe Rethmann sich in Frenztrop immer breiter macht? Viele Gründe sprechen dagegen, wissen nicht nur die unmittelbaren Nachbarn. Das geht von Geruchsbelästigungen über Grundwasserprobleme und Lärm bis hin zur Zerstörung eines Naturschutzgebietes – wenn die gewünschte Erweiterung kommen sollte. Eine Bürgerinitiative fasst die Bedenken zusammen: „Marler haben

vorsitzende Jens Vogel selbstherrlich nicht auf die Tagesordnung und redete sich nach heftiger Kritik aus dem Ausschuss damit heraus, die Tagesordnung sei nur ein „Vorschlag“ gewesen.

Auf die Nachfrage von Bürgern gab der Bürgermeister nach einigem Hin und Her bekannt, dass es Gespräche mit Behörden und mit dem Land gebe, die Gutachten zur geplanten Er-

re, dass Saria gar keinen rechtlichen Bestand mehr habe? Die Verwaltung wusste von nichts und der Bürgermeister ging zum Gegenangriff über. Die Initiative sollte doch ihre Fragen vorab einreichen, forderte er bissig. Eine seltsame Maßregelung der Bürger, die sich sichtbar unwohl fühlten. Siegfried Schönfeld (**wir** für Marl) beschwerte sich: „So werden die Fragesteller abgeschreckt. Ich möchte Sie bitten, das zu unterlassen.“



V.i.S.d.P.:
Bürgerliste WiR Vorstand
Hervester Str. 88
45768 Marl
Telefon: 02365 / 64020

Fortsetzung von Seite 1

Stadtgeld ging an einen Betrüger

Widerstand war zwecklos, hieß es auch im Marler Rathaus, wenn Bürgermeister Rudi Heiland seine Anweisungen gab. Deshalb tat 1963 der Marler Kämmerer, wie ihm von Bürgermeister Heiland beauftragt wurde: Er überwies 1,5 Millionen Mark an eine Berliner Handelsgesellschaft, die wenig später pleite ging. Das Geld war verloren, Rudi Heiland erlitt einen Herzinfarkt, so heißt es. Unmittelbar nach seinem Tod wurde das Unrechts-Geschäft bekannt, die SPD hängte Heilands Bild ab, die Stadt verklagte erfolgreich den Kämmerer auf Rückzahlung: Der hätte die Anweisung Heilands absolut nicht durchführen dürfen. Auf der Beerdigung Heilands kamen die ersten Stimmen auf, dass es nicht immer einfach mit dem Ex-Bürgermeister gewesen war. Seither ist Rudi Heiland kein Thema in Marl. Keiner weiß, was bei einer genauen Durchleuchtung seiner Aktivitäten alles ans Licht kommen könnte.

„Zinsen aus Berlin“ hieß der Spiegel-Bericht 1965 über die Affäre
www.spiegel.de/spiegel/print/d-46273558.html

Ist **wir** zu unbequem?

Nachfragen und Nachhaken unerwünscht

Im Rat nörgeln einige Fraktionen an der sorgfältigen Arbeitsweise der Bürgerliste herum. Ruhe ist die erste Bürgerpflicht! Die Forderung ist mehr als 200 Jahre alt und die Marler SPD spricht sie gerne aus. Natürlich nur leise vor sich hin. Die SPD hält sich daran, die Bürgerliste **wir** für Marl nicht. Und deshalb gibt es Stress im Rat.

Denn die Bürgerliste spricht die Probleme an. Die Bürgerliste stellt Anträge und Anfragen. Sie lässt das in den Ratssitzungen nicht schweigend vom Bürgermeister vortragen und abhaken. Die Bürgerliste begründet ihre Forderungen, sie nimmt zu den wichtigen Tagesordnungspunkten Stellung. Sie zeigt, dass sie sich Gedanken macht.

Das alles ist im Sinne der Bürger und der Demokratie. Aber manchmal ist das nicht im Sinne verschiedener Ratsfraktionen. Die wollen nicht die

Meinung der anderen hören, ihnen reicht es, sich mit ihren eigenen Gedanken zu befassen. Zum Beispiel die Februar-Ratssitzung. Fast drei Dutzend Themen standen auf der Tagesordnung, elf Anfragen und Anträge kamen von der Bürgerliste **wir** für Marl, je zwei von der CDU, den Grünen und der FDP.

Und kein einziger von der größten Ratsfraktion, der SPD.

Den Sozialdemokraten reicht es, an den Knöpfen der Macht drehen zu können. Da hat man keine Zeit mehr, um sich um die Anliegen der Bürger zu kümmern. Natürlich fällt es der SPD auf, dass die drittgrößte Fraktion, nämlich die Bürgerliste, zum Wortführer im Rat geworden ist. Dagegen muss man sich wehren: Über Fragen und Anträge wird gestänkert, sie seien zu umfangreich. Was die Bürgerliste denn mit den vielen detaillierten Antworten wolle (natürlich weiter im Sinne der Bürger arbeiten).

Der Bürgermeister beklagt sich, die Anträge der Bürgerliste legten die Arbeit der Verwaltung lahm und könnten nicht beantwortet werden. Da fragt man sich doch, für wen die Verwaltung da ist: Für den Bürger oder für sich selber?

Die Ratsmitglieder stöhnen auf, wenn die Bürgerliste Stellung nimmt und sich dabei an Formulierungen hält, die sie zuvor schriftlich ausgearbeitet hat. Sind denn allen Ernstes die schwer verständlichen, krausen und spontanen Formulierungen anderer Fraktionen der Wunsch der Zuhörer?

Sechseinhalb Stunden dauerte die letzte Ratssitzung. Mancher Politiker wünscht sich, dass es schneller geht. Aber so ist eben Demokratie. Ein kommentarloses Durchwinken oder der Verzicht auf Fragen sind charakteristisch für andere Herrschaftsformen.

Da macht die Bürgerliste nicht mit.